

INDUSTRIEKAPITALISMUS

INHALT

- 1 DEFINITION: INDUSTRIALISIERUNG
- 2 CHARAKTERISTISCHE TEILPROZESSE DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIALISIERUNG
- 3 PHASEN DER INDUSTRIALISIERUNG IN DER WELTGESCHICHTE
- 4 DIE BEGÜNSTIGENDEN FAKTOREN FÜR DIE BRITISCHE INDUSTRIALISIERUNG
- 5 RESULTAT DES BRITISCHEN INDUSTRIALISIERUNGSPROZESSES: STRUKTURWANDEL UND WACHSTUM
- 6 NACHHOLENDE INDUSTRIALISIERUNG AUS RELATIVER RÜCKSTÄNDIGKEIT: EIN KONZEPT NACH A. GERSCHENKRON
- 7 NACHHOLENDE INDUSTRIALISIERUNG IN KONTINENTALEUROPA
- 8 FAKTOREN DER INTEGRATION DER NATIONALEN MÄRKTE ZUR WELTWIRTSCHAFT
- 9 DAS WACHSTUM DES BRITISCHEN AUSSENHANDELSVOLUMENS
- 10 INDUSTRIALISIERUNG UND DEINDUSTRIALISIERUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT DES 19. JAHRHUNDERTS
- 11 DATEN ZUR ROLLE DES INDUSTRIALISIERTEN EUROPA IM 19. JAHRHUNDERT
- 12 DEFINITION: BÜRGERLICHER RECHTSSTAAT
- 13 BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT - LIBERALISMUS
- 14 DIE SOZIALE FRAGE WÄHREND DER INDUSTRIALISIERUNG
- 15 ARBEITERBEWEGUNG

1 DEFINITION: INDUSTRIALISIERUNG

Makroökonomischer Strukturwandel: Übergang von Ökonomien, die vor allem auf die Landwirtschaft ausgerichtet sind und nur eine geringe Wachstumsdynamik aufweisen, hin zu Volkswirtschaften, in denen dem Sekundär- und Tertiärsektor eine überwiegende Bedeutung zukommt. Dadurch entwickeln sich folgende Strukturmerkmale:

- * Der Anteil des industriellen (sekundären) Sektors am Sozialprodukt ist in einer Industriegesellschaft im Gegensatz zu einer Agrargesellschaft deutlich größer als jener von Landwirtschaft und Urproduktion (primärer Sektor).
- * Damit im Zusammenhang ergibt sich, dass der industrielle Sektor auch hinsichtlich der Beschäftigtenzahl und des Anteils am gesamten genutzten Kapitalstock den primären Sektor übertrifft.
- * Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird zum normalen Zustand.

Historische Epoche der Industrialisierung in der europäischen Geschichte: Jene Entwicklungsphase, in der sich in West- und Mitteleuropa der makroökonomische Strukturwandel zur Industriegesellschaft durchsetzte. Dieser Prozess dauerte vom späten 18. bis zum späten 19. Jahrhundert.

2 CHARAKTERISTISCHE TEILPROZESSE DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIALISIERUNG

Mit dem Begriff "Industrialisierung" werden oft primär einige technische Neuerungen im 18. und 19. Jahrhundert assoziiert, wie etwa die Dampfmaschine, diverse Textilmaschinen und Erfindungen für die Eisenerzeugung. Der historische Prozess der Industrialisierung umfasste aber wesentlich mehr als die Einführung derartiger technischer Artefakte. Es handelte sich um einen multidimensionalen Prozess, der auf ganz Europa, ja die gesamte Welt Auswirkungen hatte. Folgende Teilprozesse, die einander wechselseitig verstärkten, kennzeichneten die europäische Industrialisierung:

Technische und unternehmerische Innovationen: Selbsttätige Maschinen anstelle von Handarbeit, Organisation der Arbeit im Fabriksystem, entsprechende Unternehmens- und Finanzierungsformen.

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel: Die traditionellen Sozialformen aus vormoderner Zeit (wie die sich selbst in Eigenproduktion versorgenden bäuerlichen Familienverbände) wurden weitgehend aufgelöst. Neue soziale Klassen entstanden (Unternehmer und Arbeiterschaft) und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Transaktionen entwickelten sich weiter. Anstelle von Produktion für den Eigenbedarf und regionalem Tausch in einer traditionell-ständisch regulierten Umwelt traten endgültig Transaktionen auf formalen, wettbewerbsfähigen und unpersönlichen Märkten.

Politischer Wandel: In Europa ging die Industrialisierung langfristig mit der Entwicklung in Richtung bürgerlicher Rechts- und Verfassungsstaat mit repräsentativer Demokratie einher.

Wissenschaftliche und philosophische Entwicklung: Zur Industrialisierung gehörte das "Erfinden des Erfindens", ein nutzenorientierter Einsatz von Innovationen und das Entstehen des Paradigmas der modernen (Natur-)Wissenschaften in der Tradition der Aufklärung.

3 PHASEN DER INDUSTRIALISIERUNG IN DER WELTGESCHICHTE

Die Grundlagen für den Industrialisierungsprozess bildeten sich in verschiedenen Regionen Europas seit dem Frühkapitalismus heraus. In Großbritannien bestanden besonders günstige Voraussetzungen, so dass dieses Land zur "First Industrial Nation" der Welt wurde. Das Phänomen "Industrialisierung" hat sich zuerst um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in einigen Regionen Westeuropas durchgesetzt. Der zeitliche Ablauf, in dem sich seither der Industrialisierungsprozess über die Welt ausgebreitet hat, sei im folgenden exemplarisch skizziert:

1. Welle bis ins frühe 19. Jahrhundert

In einigen Regionen Großbritanniens, teilweise auch in Westeuropa (Belgien, Frankreich, Schweiz...) entstehen industrielle Zentren noch relativ unverbunden. Wichtige früh industrialisierte Produktionszweige sind die Textilbranche sowie die Eisen- und Metallindustrie.

2. Welle bis in die 1870er Jahre

Die Industrialisierung schreitet in Kontinentaleuropa voran (nunmehr auch in den deutschen Staaten, in einigen westlichen Regionen der Habsburgermonarchie, in Oberitalien), sowie in den

USA. Durch den Eisenbahnbau, der einen bedeutenden Leitsektor dieser Industrialisierungswelle bildet, die Entwicklung der interkontinentalen Dampfschiffahrt und erste Anfänge der Telekommunikation (Telegrafie) kommt es zu einer intensiven Verflechtung der Weltmärkte. In Europa bleiben die südlichen Gebiete (Portugal, Spanien, große Teile Italiens, der Balkan) und manche östliche Regionen - abgesehen von einigen "industriellen Inseln" - vom Industrialisierungsprozess weitgehend ausgespart.

3. Welle ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert

Die gesamte Welt wird in die industrielle Marktwirtschaft freiwillig oder unfreiwillig (Imperialismus!) einbezogen. In Europa intensiviert sich die Industrialisierung bei den bisherigen "Nachzüglern", zu denen beispielsweise auch Skandinavien und die Niederlande aufschließen. Darüberhinaus breitet sich die Industrialisierung auch in weiteren außereuropäischen Gebieten, wie etwa in Japan und Kanada aus. Als neue dynamische Industriezweige treten insbesondere Chemie, Elektrotechnik und moderner Maschinenbau hervor. In den Industriestaaten kommt es zu voranschreitenden Organisationstendenzen in der Sphäre der Wirtschaft (Konzerne, Kartelle, ...) sowie zu einer engeren Verflechtung von Staat und Wirtschaft.

4. Welle, etwa ab den 1940er Jahren

Industrielles Wachstum gewinnt zum Beispiel in der Türkei, in Australien und Neuseeland sowie in einigen lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Mexiko, Brasilien) an Dynamik. Die globale ökonomische Entwicklung ist in einem hohen Ausmaß gekennzeichnet von einer politischen und wirtschaftlichen Zweiteilung der Welt in die kommunistische Einflussosphäre mit planwirtschaftlichen Strukturen und die "westliche" Welt mit liberalisierten internationalen Märkten (Bretton Woods-System, GATT, ...). Im Westen erfolgte ein Aufschwung von Branchen, die in den USA bereits in den 1920er Jahren Leitsektoren gebildet hatten, in großem Umfang: langlebige Konsumgüter, Automobil, etc. sowie von den Dienstleistungsbereichen Gesundheit, Bildung, Banken und Versicherung. Im "Ostblock" dominiert noch eine auf Schwerindustrie ausgerichtete Wachstumspolitik.

5. Welle ab den 1960er Jahren

Große asiatische Staaten wie China, Indien sowie Newly Industrializing Countries wie Taiwan und Südkorea entwickeln industrielle Strukturen. Eine starke Wachstumsdynamik geht von der hochentwickelten Elektronik aus. Auch der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) wird zunehmend gemäß der Logik industrieller Produktion und Arbeitsorganisation gestaltet (z.B.: Kreditsektor, Informationssektor, Massenmedien, ...). Mit dem zunehmenden Wohlstand in der westliche Welt gewinnt die Tourismuswirtschaft an Stellenwert.

6. Gegenwärtiger Entwicklungstrend

Mit dem Übergang zur international vernetzten globalisierten Gesellschaft in den 1980er Jahren erlangen die elektronischen Informationstechnologien immer mehr Bedeutung. Damit bietet sich für rückständige Staaten nicht mehr nur der Weg der konventionellen Industrialisierung sondern die Chance von Modernisierungsstrategien, die auf die Entwicklung der tertiären Wirtschaftszweige abzielen (z.B. Informationstechnologie in Indien).

4 DIE BEGÜNSTIGENDEN FAKTOREN FÜR DIE BRITISCHE INDUSTRIALISIERUNG

Seit dem Frühkapitalismus entstanden in vielen Regionen Europas erste Voraussetzungen für die Industrialisierung. In Großbritannien gestalteten sich die Startvoraussetzungen besonders günstig, so dass sich in dieser Volkswirtschaft erstmals der Prozess der Industrialisierung durchsetzte. Folgende fünf, einander wechselseitig verstärkende Entwicklungen bzw. Voraussetzungen trugen dazu bei:

1. Ausreichende Kapitalakkumulation und vertrauenswürdige institutionelle Rahmenbedingungen für Investitionen.

Hauptfaktoren: Weitgehend kommerzialisierte Landwirtschaft, Modernisierung der Agrarproduktion (Fruchtwechselwirtschaft, neue bzw. bessere Feldfrüchte und Geräte); Kommerzialisiertes Gewerbe: Ausgedehnte protoindustrielle Strukturen auf die Belieferung der Inlands- und Exportmärkte ausgerichtet; Finanzstarke Händler und Bankiers; Vertrauenswürdige Geld- und Bankwesen; Gesicherte Eigentumsrechte und kalkulierbare Steuern fördern Neigung zu fixen Investitionen.

2. Technische Innovationen

Fabriksystem (etwa ab 1800), insbesondere in der Textilindustrie; Technische Innovationen in der Textilerzeugung (Spinnen, Weben), der Eisen- und Stahlerzeugung, etc.; Neue Energiebasis für die Produktion durch die Nutzung von fossilen Brennstoffen (Kohle) für Kraftmaschinen (z.B. Dampfmaschinen) und Prozessenergie (z.B. Hochöfen); Dampfmaschine als überall einsetzbare Kraftmaschine. Ab den 1830er Jahren Voraussetzung für Verkehrsrevolution: Eisenbahn und Dampfschiffahrt.

3. Günstige Faktorausstattung

Großes Angebot an Arbeitskräften durch:

Bevölkerungswachstum: Die Zahl der Einwohner in Großbritannien erhöhte sich von 7.4 Millionen im Jahr 1750 auf 10.5 Millionen im Jahr 1800 und 20.8 Millionen im Jahr 1850.

industrious revolution: Bereits seit dem Frühkapitalismus arbeitete ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in Lohnarbeitsverhältnissen. Dazu waren die Menschen einerseits gezwungen, weil sie im Rahmen der traditionellen wirtschaftlichen Strukturen keinen Platz mehr fanden und andererseits strebten sie auch Arbeitsverhältnisse mit Geldlohn an, um damit Nachfrage auf den entstehenden Warenmärkten ausüben zu können (Übergang von der Bedarfsdeckungsökonomie zur Konsumgesellschaft). Somit bewirkten push- und pull-Effekte zusammen, dass immer mehr Menschen für die Lohnarbeit zur Verfügung standen.

Rohstoffe: reichliche und räumlich günstig platzierte Vorkommen von Eisenerz, Kohle und anderen mineralischen Rohstoffen. Gesicherter und günstiger Bezug von Baumwolle im Wege des Seehandels.

4. Entwickelte Marktstrukturen und ausreichende Nachfrage

Die Kommerzialisierung der Ökonomie war schon vor der Industrialisierung weit fortgeschritten, wodurch bereits ein großer Teil der wirtschaftlichen Transaktionen auf Märkten durchgeführt wurde.

Die Insellage begünstigte als Standortfaktor den Warentransport bereits vor dem Zeitalter der Eisenbahn (Küstenschifffahrt, atlantische Schifffahrt). Zur inländischen Marktverflechtung trug überdies ein Netzwerk von Binnenkanälen und Mautstraßen (turnpike roads) bei. Die Insellage ersparte Zerstörungen durch Kriege, von denen die kontinentaleuropäischen Länder regelmäßig heimgesucht wurden. Die Kaufkraft wurde daher nicht durch Menschenverluste, konfiskatorische Steuern und materielle Zerstörungen gemindert. Überdies bewahrte die Insellage Menschen und Tiere vor Seuchen, die in Kontinentaleuropa grassierten.

5. Beschaffenheit der englischen Gesellschaft

Konstitutionelle Monarchie seit der Glorious Revolution von 1688: neben dem König haben breitere Schichten (Hochadel, Gentry, tw. Städte) Anteil an der politischen Gestaltung, was sich in einer wirtschaftsfreundlichen Gesetzgebung und maßvollen Steuerpolitik niederschlägt. Aus den Strukturen der Merchants, der Protoindustrie und der kommerzialisierten Landwirtschaft gehen zahlreiche Unternehmertalente hervor, die in der Industrialisierung eine wichtige Rolle spielen. Das Anerbenrecht (nur der älteste Sohn aus adeligen Familien erbt den Titel und den Großteil des Vermögens) brachte mit sich, dass auch nicht-erstgeborene Söhne aus den Kreisen der Aristokratie selbst in Eigeninitiative eine Rolle in der Gesellschaft suchen mussten. Im Gegensatz zu Kontinentaleuropa wurde dabei kommerzielle Betätigung als weniger standeswidrig empfunden. Somit konnten auch aus der Adelschicht dynamische Unternehmer hervorgehen. In der Tradition von Aufklärung und Utilitarismus stehende "learned societies" (wie etwa die "Royal Society for Improving Natural Knowledge") fördern die Naturwissenschaften und zweckrationale, veränderungsbereite Haltungen.

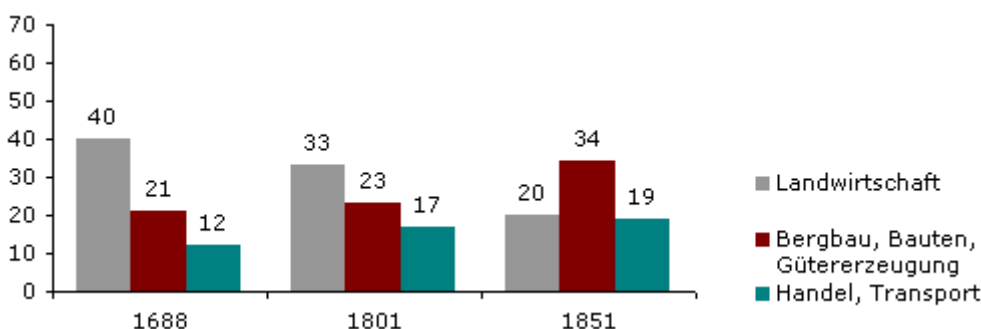
5 RESULTAT DES BRITISCHEN INDUSTRIALISIERUNGSPROZESSES: STRUKTURWANDEL UND WACHSTUM

Die günstigen Voraussetzungen trugen dazu bei, dass sich in Großbritannien ab dem späten 18. Jahrhundert der Strukturwandel in Richtung Industriegesellschaft beschleunigte und im frühen 19. Jahrhundert zum Durchbruch gelangte.

Sektorale Beschäftigungsstruktur: Waren am Ende des 17. Jahrhunderts noch zwei Drittel aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt (auch das war im internationalen Vergleich bereits ein sehr geringer Prozentsatz), so reduzierte sich ihr Anteil bis 1811 auf ein Drittel und bis 1831 auf ein Viertel.

Anteile der drei Sektoren am Volkseinkommen: Auch an der Veränderung des Anteils, den die einzelnen Sektoren am Volkseinkommen hatten, lässt sich der Strukturwandel gut ablesen:

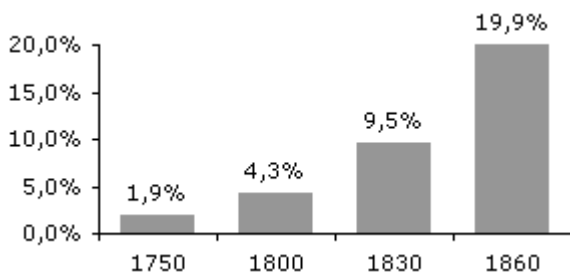
Anteil der drei Sektoren am Volkseinkommen



Modernes Wirtschaftswachstum : England entwickelte sich besonders nach 1800 rasch in Richtung Industriestaat. Selbst äußerst vorsichtige Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Wirtschaftsleistung Großbritanniens von 1800 bis 1830 um mehr als 80 Prozent vergrößerte. Die Industrieproduktion nahm in diesem Zeitraum um mindestens 125 Prozent zu. Dies ermöglichte, dass trotz des hohen Bevölkerungswachstums auch das BIP pro Kopf in den drei Jahrzehnten um 17 Prozent anstieg, ein Resultat das in Zeiten der Agrarwirtschaft gänzlich unmöglich gewesen wäre. Wirtschaftswachstum wurde durch die Industrialisierung zum Normalzustand.

Workshop of the world : Bis in die 1860er Jahre vermochte die britische Industrie ihre Vormachtstellung in der Weltwirtschaft weiter auszubauen. Großbritannien wurde zum "Workshop of the world":

Anteil Großbritanniens an der weltweiten gewerblichen und industriellen Produktion 1750-1860



6 NACHHOLENDE INDUSTRIALISIERUNG AUS RELATIVER RÜCKSTÄNDIGKEIT: EIN KONZEPT NACH A. GERSCHENKRON

Alexander Gerschenkron hat zur Analyse der Aufholprozesse von rückständigen Ökonomien gegenüber den jeweils führenden Industriestaaten das Konzept vom "Great spurt" aus der ökonomischen Rückständigkeit entwickelt. Mit diesem Muster kann die Industrialisierung von Kontinentaleuropa sehr gut charakterisiert werden. Er geht davon aus, dass gerade die Situation relativer Rückständigkeit gegenüber der jeweils führenden Industrienation die Chance für einen sogenannten "Great spurt", also ein rasches Aufholen bietet. Aus der Situation einer gewissen Rückständigkeit resultiert nämlich, dass von den führenden Industriestaaten ein Demonstrationseffekt ausgeht, und dass sich die rückständige Industrie "geliehener Technik", also Entwicklungen, die anderswo schon gemacht wurden, bedienen kann. Damit diese Wachstumschancen genutzt werden können, ist es laut Gerschenkron erforderlich, dass im jeweiligen Staat Hindernisse beseitigt werden, die der Industrialisierung entgegenstehen und Voraussetzungen, die nur in einem ungenügendem Ausmaß vorhanden sind, irgendwie substituiert werden. Vom Grad der Rückständigkeit hängt ab, inwieweit die Strategien der Industrialisierung von den Unternehmern selbst realisiert werden können und wie weit staatliche Eingriffe erforderlich sind.

7 NACHHOLENDE INDUSTRIALISIERUNG IN KONTINENTALEUROPA

Ausgangsbedingungen im frühen 19. Jahrhundert: Die Schwäche der kontinentaleuropäischen absolutistischen Staaten war während der kriegerischen Jahre nach der Französischen Revolution von 1789 in zweierlei Hinsicht deutlich geworden: Einerseits erwiesen sich die gegnerischen

französischen Heere durch das motivierte Mitkämpfen der postrevolutionären Staatsbürger als sehr stark und andererseits konnte das verbündete Großbritannien aus seiner Position als überlegene Handels- und Wirtschaftsmacht Kraft schöpfen. Die Modernisierungsbemühungen der europäischen Regierungen nach 1815 setzten auf die Strategie, in wirtschaftlicher Hinsicht Modernisierungs- und Wachstumsentwicklungen zu fördern, die Bürger aber von der politischen Mitbestimmung weiterhin auszuschließen. In diesem Sinne gewährten die Staaten im Rahmen der sogenannten liberalen Reformen mehr Entwicklungsspielräume für die Wirtschaft, ließen den Unternehmern selbst mehr Freiräume für eigene Initiativen und trachteten die Industrialisierung aktiv zu fördern. In politischer Hinsicht entschloss man sich hingegen, die Unterdrückung liberaler Tendenzen fortzusetzen (z.B. "Heilige Allianz"). Die wesentlichen Entwicklungsstränge der nachholenden Industrialisierung können wie folgt gemäß dem Muster von Alexander Gerschenkron nachgezeichnet werden:

Entwicklungsverlauf der nachholenden Industrialisierung in Kontinentaleuropa gemäß dem Konzept von Alexander Gerschenkron:

Libérale Reformen: Beseitigung von institutionellen Hindernissen der Wirtschaftsentwicklung:

Agrarreformen: Endgültige Abschaffung von Grundherrschaft und Feudalverfassung. Dadurch weitere Kommerzialisierung der Landwirtschaft und Freizügigkeit der Landbevölkerung. Chronologie: Abschaffung der feudalen Strukturen in Frankreich im Zuge der Revolution (1789/93), in den deutschen Ländern differenziert ab dem beginnenden 19. Jahrhundert, Bauernbefreiung in Österreich und Ungarn 1848, Reformen in Russland allmählich ab 1861.

Gewerberecht: Zurückdrängung von Zünften und Gilden. Entwicklung in Richtung "Industriefreiheit", die von den Regierungen zunächst individuell gewährt wird, und genereller Gewerbefreiheit. Schaffung von rechtlichen Grundlagen für moderne Unternehmensformen. Chronologie: Reformen in Frankreich im Zuge der Revolution, in Preußen im Rahmen der Hardenbergschen Gewerbereform von 1811, in Österreich liberale Gewerbeordnung von 1859.

Integration der Binnenmärkte: Die bereits im Merkantilismus aufkommende Tendenz zur Abschaffung von Zwischenzöllen und Verkehrsabgaben innerhalb der Territorialstaaten setzte sich fort.

Außenhandelspolitik: Ab 1815 schrittweise Reduktion von Ein- und Ausfuhrverboten, extremen Zollsätzen und Verkehrsabgaben, die ausländische Transportunternehmer und Waren diskriminierten. Abschluss bilateraler Handelsverträge mit reziproken Zugeständnissen. Wirtschaftliche Integration der Staaten des Deutschen Bundes (außer Österreich) im Deutschen Zollverein von 1834. Politik der "Erziehungszölle" in Kontinentaleuropa zum Schutz neu entstehender Industrien. Ab den 1840er Jahren britische Initiativen in Richtung Freihandel. Mit dem 1860 zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossenen Freihandelsvertrag gelang der Durchbruch für die Ausformung eines multinationalen Freihandelssystems, in dem zahlreiche andere Staaten ähnlich kodifizierte Verträge abschlossen. Die wesentlichen Bestimmungen betrafen die Abschaffung von Ein- und Ausfuhrverboten, nicht diskriminierende Zollsätze und das Prinzip der Meistbegünstigung.

Rechtsreformen: Kodifizierung des Rechts: In Frankreich unter Napoleon (Code civil 1804, Code de commerce 1807), in Österreich ABGB 1811/12. Code de commerce: modernes Wirtschaftsrecht mit Vorbildwirkung für ganz Europa. Diese Kodifikationen sahen bereits die Gründung von Kommandit- und Aktiengesellschaften vor. Damit konnten Publikumsgesellschaften mit breit gestreuter, anonymer Kapitalbeteiligung errichtet werden. Die rasch wachsenden Wertpapiermärkte erforderten ein adäquates Börsenrecht.

Substituierende unternehmerische Aktivitäten

Investitionsbanken bzw. Universalbanken: In Kontinentaleuropa setzte die Industrialisierung etwas später ein als in Großbritannien. Da die Technologie bereits weiter entwickelt war als am Beginn der

britischen Industrialisierung, waren die set up costs für Industriebetriebe höher. Um diese finanzieren zu können, obwohl die Kapitalbildung am Kontinent etwas hinter jener auf der britischen Inseln zurückgeblieben war, musste der mangelhafte Stand an Kapitalangebot durch entsprechende innovative Finanzierungstechniken substituiert werden. Eine "geradezu geschichtsprägende Rolle" (Gerschenkron) spielten dabei die den Saint-Simonistischen Ideen verpflichteten Brüder Isaac und Émile Péreire in Paris mit der Gründung ihrer Société générale du Crédit mobilier, einer aktienrechtlichen Gründungs- und Finanzierungsbank. Diese unterschied sich fundamental von den etablierten Bankhäusern. Während etwa die klassischen englischen Handelsbanken nur kurzfristige Kredite gewährten, bedienten die Banken des Typs Crédit mobilier langfristigen Kapitalbedarf für Industrieinvestitionen. Die Brüder Péreire versuchten langfristiges Kapital durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen aufzubringen und damit die Kapitalausstattung von Industrieunternehmen zu ermöglichen. Das Unternehmen der Brüder Péreire selbst wurde bereits 1867 liquidiert, ihre Bankkonstruktion fand jedoch in Europa viele Nachahmer. In Deutschland und anderen Staaten - so z.B. 1854 in Österreich die Creditanstalt für Handel und Gewerbe - wurde dieser Banktyp bald weiterentwickelt zur Universalbank, die die Grundidee des Crédit mobilier mit den kurzfristigen Geschäften der Handelsbanken kombinierte und enge Bündnisse mit den von ihr betreuten Industrieunternehmen einging. Mit diesen Entwicklungen am Banken- bzw. Finanzierungssektor wurde in Kontinentaleuropa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Finanzierungsinstrumentarium für die Industrialisierung in Ländern, deren Rückständigkeit sich in gewissen Grenzen hielt, geschaffen. Die Errichtung von vielen tausenden Kilometern Eisenbahn, von Fabriken, Bergwerken, Kanälen, Hafenanlagen und ähnlichen Investitionen wurde auf diese Weise finanziert.

Der Staat als Förderer der Industrialisierung

Technologietransfer

Großbritannien versuchte in der Frühphase der Industrialisierung, seinen Vorsprung auf technologischem Gebiet durch Ausfuhrverbote von Maschinen und Konstruktionsplänen abzusichern. Fachkräfte wurden so weit als möglich daran gehindert, ihre Kenntnisse an das Ausland weiterzugeben. Häufig mussten kontinentaleuropäische Regierungen daher illegale Wege, wie Schmuggel und Industriespionage, beschreiten, um sich mit den neuesten Entwicklungen vertraut zu machen. Nach 1820 änderten die Briten ihre Taktik und milderten das Technologieausfuhrverbot, um es 1843 endgültig aufzuheben. Die Regierungen der kontinentaleuropäischen Länder unterstützten den technologischen Aufholprozess, indem sie die Einwanderung von Fachkräften (viele britische Techniker und Unternehmer waren an Industrie Gründungen beteiligt, und britische Ingenieure und Facharbeiter waren besonders im Eisenbahnbau auf dem Kontinent beschäftigt), den Import von Maschinen sowie England- und später USA-Aufenthalte junger Menschen zum Zwecke der technischen Ausbildung förderten. In den industriellen "Nachzüglerländern" wurde der technische Fortschritt durch eine zielstrebige Patentrechtspolitik, durch den Aufbau eines technischen Schul- und Hochschulwesens sowie durch die Einrichtung von Institutionen zur technologischen Beratung von Unternehmern und Gewerbeausstellungen gefördert. Als Schaufenster des technischen Fortschritts und der steigenden Wirtschaftsleistung dienten die ab den 1850er Jahren regelmäßig veranstalteten Weltausstellungen z.B.: London (1851, 1862), Paris (1855, 1867, 1878), Wien (1873).

Der Eisenbahnbau als Leitsektor

Der Eisenbahnbau hatte für die kontinentaleuropäische Industrialisierung eine ganz entscheidende Bedeutung. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo der Ausbau des Eisenbahnnetzes zu einem Zeitpunkt begann, als die Expansion des industriellen Systems bereits in vollem Gang war, fungierte er auf dem Kontinent oft als Initialzündung zur Industriellen Revolution. Der staatlichen Initiative kam in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu, weil die Aufbringung der hohen und langfristigen Kapitalmengen durch private Investoren allein häufig nicht möglich war. Weiters mussten auch Streckenführungskonzepte entwickelt werden, die den gesamtstaatlichen Interessen (militärischer und ökonomischer Natur) entsprachen. Daher wurde der Eisenbahnbau in den meisten Ländern Europas sowohl durch staatliche als auch durch private Initiative vorangetrieben, oft mit wechselnder Schwerpunktsetzung. Es existierten in der Anfangsphase fast überall staatliche und

private Liniennetze nebeneinander. Folgende Impulse, die vom Eisenbahnbau ausgingen, erwiesen sich als entscheidend für die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses:

- * Intensivierung der Nachfrage im Eisen- und Stahlsektor sowie in diversen im Eisenbahnbau involvierten Branchen (Eisenindustrie, Lokomotiv- und Waggonbau, Bauindustrie, Holzindustrie, Lederindustrie, Glas- und Textilindustrie...), so dass über die Multiplikatorwirkungen ein gesamtwirtschaftlicher Effekt erzielt wurde.
- * Verbilligung der Transportkosten für alle Waren, dadurch Wachstumseffekte.
- * Integration großer Wirtschaftsräume, was besonders für die neu entstehenden Nationalstaaten von Bedeutung war.
- * Die intensivierte Marktintegration ermöglichte zum einen eine erhöhte Gesamtproduktivität durch interregionale Arbeitsteilung, zum anderen konnten sich aber manche alte Gewereregionen im verschärften Konkurrenzkampf nicht mehr behaupten.
- * Versorgungsmöglichkeit der entstehenden großen Ballungszentren.
- * Erschließung von überregionalen Absatzmärkten und Rohstoffquellen und Vergrößerung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials. Dadurch größere Standortunabhängigkeit von Produktionsstätten und neue Möglichkeiten der Faktorkombination.
- * Aufbau eines technischen Ausbildungswesens aufgrund der Nachfrage nach systematisch ausgebildeten Ingenieuren.
- * Verbreitung neuer Finanzierungsformen, die das Zeitalter der großen Investitionsbanken und Aktiengesellschaften einleiteten. Der Eisenbahnbau wies einen Kapitalbedarf auf, der für traditionelle Methoden der Finanzmittelaufbringung (Familienvermögen etc.) zu groß war.

8 FAKTOREN DER INTEGRATION DER NATIONALEN MÄRKTE ZUR WELTWIRTSCHAFT

Die Phase der Industrialisierung bis 1870 war von einer fortschreitenden Integration der Märkte unter europäischer Vorherrschaft gekennzeichnet, wobei der internationale Warenhandel und Kapitalverkehr in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß zunahm. Folgende fünf Faktoren trugen wesentlich dazu bei:

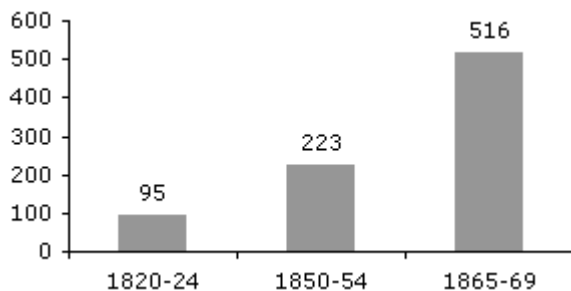
- 1. Transportrevolution** durch Eisenbahnbau und Schifffahrt: erhebliche Verbilligung und Beschleunigung des Warentransports
- 2. Anfänge der Telekommunikation** (Telegraphie) ab der Jahrhundertmitte, Transatlantikkabel ab den späten 1860er Jahren: Wichtige Informationen können in Echtzeit weltweit verbreitet werden.
- 3. Abbau von Handelshemmnissen** ab den 1840er Jahren: Britische Initiativen ab den 1840er Jahren, die ab den 1860er Jahren einen erheblich liberalisierten Außenhandel gestatten.
- 4. Geld- und Währungssysteme:** Vereinheitlichung von Geld- und Währungsstandards durch nationalstaatliche Integrationsprozesse (z.B. Deutschland, Italien, Schweiz) und zwischenstaatliche Münzkonventionen: deutsch-österreichische Münzkonvention (1857-1867), Lateinische Münzunion (Frankreich, Schweiz, Italien, Belgien, Griechenland, ab 1868), Skandinavische Währungsunion (Schweden, Dänemark und Norwegen, 1872-1913). Im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts etablierte sich dann der internationale Goldstandard.

5. Globale Kapitalmarktstrukturen: Weiterentwicklung des internationalen Bank- und Börsenwesens; Kapitalexporte insbesondere aus Großbritannien und Frankreich.

9 DAS WACHSTUM DES BRITISCHEN AUSSENHANDELSVOLUMENS

Die Zunahme der Produktionskapazitäten während der Industrialisierung und die gleichzeitige Integration der nationalen Märkte zur Weltwirtschaft hatten eine rasche Ausweitung des Welthandels zur Folge. Das Wachstum des Außenhandels war zugleich Grundlage und Folge der dynamischen industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert. Dies sei hier am Beispiel des britischen Außenhandels dargestellt. Das Vereinigte Königreich hatte den größten Anteil am Welthandel und die Entwicklung des britischen Außenhandels war somit repräsentativ für das Wachstum des globalen Handels. Von den frühen 1820er Jahren bis zu den späten 1860er Jahren wuchs der britische Außenhandel um mehr als das Fünffache.

Britischer Außenhandel [jährlicher Durchschnitt in Million Pfund]



10 INDUSTRIALISIERUNG UND DEINDUSTRIALISIERUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT DES 19. JAHRHUNDERTS

Die Position der Volkswirtschaften entwickelte sich im internationalen Handels- und Finanznetzwerk, das von Großbritannien dominiert wurde, recht unterschiedlich. In zahlreichen Staaten begünstigten die Wirtschaftskontakte mit Großbritannien die nationalen Bestrebungen nachholender Industrialisierung. Die Kapitalien britischen Ursprungs dienten dem Import von britischen Industriewaren in die Kapitalempfängerländer. Somit profitierten einerseits britische Exportfirmen (Eisenbahnschienen, Maschinenbau, Ingenieursfirmen, die komplette Projekte durchführten, etc), andererseits die Kapitalnehmerländer, weil bei ihnen auf diese Weise die Voraussetzungen für die Industrialisierung entstanden. Großbritannien finanzierte mit dem Kapitalexport einen Teil der Auslandsnachfrage nach den Ausfuhrsgütern selbst und unterstützte damit auch den industriellen Aufholprozess der Empfängerländer. Dieser Effekt traf zum Beispiel zweifellos in Frankreich, Belgien und den USA zu, letzterer Staat war ungefähr ab der Jahrhundertmitte der größte einzelne Schuldner in London. Von britischen Warenexporten gingen überdies vielfältige wachstumsfördernde Koppelungseffekte auf die Industrien der Importländer aus. Zum Beispiel führten Länder wie die Schweiz und Deutschland große Mengen britischer Garne ein, die sie ihrerseits zu Stoffen weiterverarbeiteten. Dank der Lohnkostenvorteile gegenüber Großbritannien vermochten sie mit dem Fertigprodukt ihrerseits Auslandsmärkte zu erobern.

Die Entwicklung von Lateinamerika, Südeuropa und Südosteuropa gestaltete sich anders. Auch hier finanzierte europäisches (v.a. britisches und französisches) Kapital in großem Stil die Errichtung von

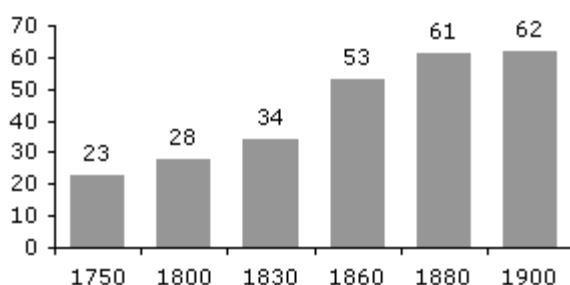
Infrastrukturen (Eisenbahnen, Häfen, etc.). Die große Nachfrage nach Agrargütern und Rohstoffen in den kapitalgebenden Ländern sowie die Eigentums- und Entscheidungsstrukturen in den Kapitalempfängerländern führten jedoch dazu, dass dort der vorerst erfolgversprechende Weg eingeschlagen wurde, sich im Sinne komparativer Kostenstrukturen auf den Export von Agrarprodukten zu konzentrieren. In Freihandelsverträgen mit den Industriestaaten mußten die Agrarländer ihre Märkte für Industrieprodukte öffnen. Dieser Entwicklungspfad entsprach den Interessen regionaler Oberschichten von Großgrundbesitzern, die gewerblichen Strukturen verkümmerten jedoch; Ansätze zur Industrialisierung wurden zunichte gemacht. Langfristig blieben diese Länder weit hinter den wirtschaftlichen Wachstumserfolgen der Industriestaaten zurück.

11 DATEN ZUR ROLLE DES INDUSTRIALISIERTEN EUROPA IM 19. JAHRHUNDERT

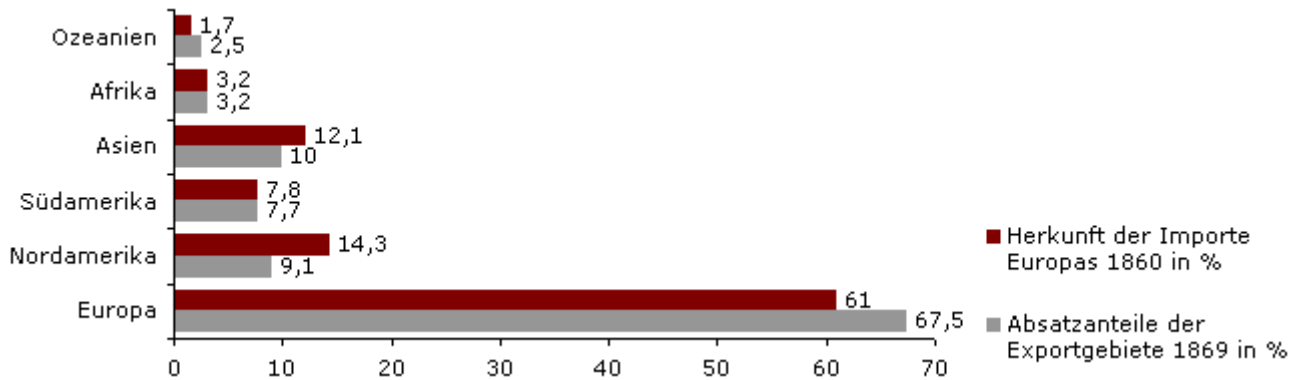
Anteile europäischer Länder und der USA an der globalen gewerblichen und industriellen Produktion 1800-1913 [in %]

	1800	1830	1860	1880	1900	1913
England/UK	4.3	9.5	19.9	22.9	18.5	13.6
Frankreich	4.2	5.2	7.9	7.8	6.8	6.1
Russland	5.6	5.6	7.0	7.6	8.8	8.2
Deutschland	3.5	3.5	4.9	8.5	13.2	14.8
Österreich-Ungarn	3.2	3.2	4.2	4.4	4.7	4.4
Italien	2.5	2.3	2.5	2.5	2.5	2.4
Spanien	1.5	1.5	1.8	1.8	1.6	1.2
Belgien	0.5	0.7	1.4	1.8	1.7	1.8
USA	0.8	2.4	7.2	14.7	23.6	32

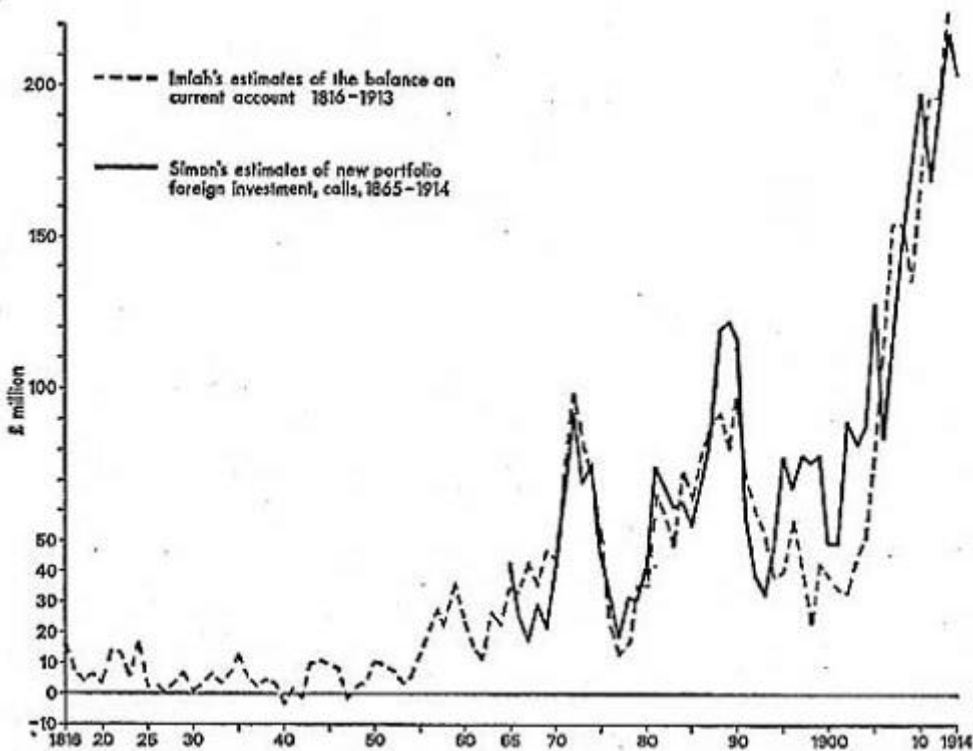
Anteil Europas an der gewerblichen und industriellen Weltproduktion 1750-1900 [in %]



Prozentanteile diverser Weltregionen an den Importen und Exporten Europas im Jahr 1860 (Dreijahresdurchschnitt, wertmäßige Verteilung)



Ausmaß des britischen Kapitalexports 1816-1914



12 DEFINITION: BÜRGERLICHER RECHTSSTAAT

Kennzeichen des modernen bürgerlichen Rechtsstaates sind:

- * kodifizierte Verfassung
- * Umgrenzung der Macht der staatlichen Organe durch Gewaltenteilung
- * Sicherung einer unantastbaren staatsfreien Sphäre der einzelnen Bürger durch Grundrechte
- * Rechtsschutz gegenüber Eingriffen der Staatsgewalt in subjektive öffentliche und private Rechte
- * staatliche Entschädigungspflicht bei Enteignung und Amtspflichtverletzung
- * Unabhängigkeit der Gerichte, Gewährleistung des gesetzlichen Richters, Verbot rückwirkender

Strafgesetze

* Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Unter Gewaltenteilung versteht man die Zuweisung der drei Hauptaufgaben der Staatsgewalt (Gesetzgebung, Vollziehung, Rechtsprechung) an drei unterschiedliche, von einander unabhängige Staatsorgane (Legislative, Exekutive, Justiz). In demokratischen Staaten hat die vom Volk gewählte Legislative den Vorrang vor den beiden anderen Gewalten. Die staatliche Souveränität geht verfassungsgemäß vom Volk aus.

13 BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT - LIBERALISMUS

Bürgerliche Emanzipation

Emanzipation freier Bürger aus ständischer Gesellschaft und Untertanenstaat: Das Bürgertum hatte in der Zeit des höfischen Absolutismus an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Bestrebungen, sich von ständischer Diskriminierung und Bevormundung zu emanzipieren fanden in der Französischen Revolution eine erste mächtige Manifestation.

Konzept der Leistungsgesellschaft

Dieses war einerseits gegen die ständische Gesellschaft und Privilegienwirtschaft der Höfe gerichtet: nicht das Kriterium der Geburt oder die Gunst des Herrschers sollten über die Positionierung des einzelnen in der Gesellschaft entscheiden, sondern seine Leistungen, nicht zuletzt sein beruflicher Erfolg. Andererseits diente aber das Konzept der Leistungsgesellschaft auch als Legitimierung der bestehenden krassen ökonomische Ungleichheit im Zeitalter der Industrialisierung.

Traditionen des Liberalismus

Die Strömungen des Liberalismus beruhten auf den Traditionen der Aufklärung und des Rationalismus. Im Sinne des Individualismus sollte die Gesellschaft als Rahmen für die Entwicklung der einzelnen Menschen fungieren und diese dabei möglichst wenig einschränken. Aus den naturrechtlichen Grundlagen des Liberalismus resultierte insbesondere das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz.

Bürgerlich-demokratischer Rechtsstaat

Zu den politischen Forderungen des bürgerlichen Liberalismus gehörte insbesondere die Durchsetzung des bereits definierten Rechtsstaates mit folgenden Elementen:

- * Parlamentarismus
- * Gewaltenteilung
- * Kodifizierte Verfassung
- * Grundrechte
- * Rechtsstaatlichkeit
- * Volkssouveränität
- * Pressefreiheit

14 DIE SOZIALE FRAGE WÄHREND DER INDUSTRIALISIERUNG

Die soziale Klasse der besitzlosen Arbeiterschaft bildete die am schnellsten wachsende Gruppe der Bevölkerung im 19. Jahrhundert. Grausame Armut bestimmte ihr Leben. Dabei sind unter Industriearbeiterschaft nicht ausschließlich Personen, die in Fabriken arbeiteten zu verstehen. Mit dem Industrialisierungsboom wuchsen auch noch nicht maschinisierte Branchen wie der Bergbau, die Bauwirtschaft etc. rasant. So arbeitete selbst in Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts nur ungefähr ein Viertel der Beschäftigten im sekundären Sektor in Fabriken. Es ist gewiss falsch, die Industrialisierung selbst als Ursache für die damals weit verbreitete Armut anzusehen. Vielmehr bot die Wirtschaftsentwicklung allmählich einen Ausweg daraus und wies schließlich im 20. Jahrhundert den Weg zur Wohlstandsgesellschaft. Den ersten Generationen von Industriearbeitern blieb der spätere Wohlstand der Industriegesellschaften jedoch verwehrt. Am hoffnungslosesten war die Situation für jene Menschen, denen angesichts von Bevölkerungswachstum und Wandel der traditionellen Gesellschaft das ländliche Leben keine Perspektiven mehr bot und die auch in den neu entstehenden Industriestrukturen keine adäquaten Verdienstmöglichkeiten fanden. Dazu zählten insbesondere jene ländlichen Schichten, die im Zuge der Agrarreformen (Bauernbefreiung) keine lebensfähigen landwirtschaftlichen Betriebseinheiten zu erlangen vermocht hatten. Hinzu kam, dass durch die Industrialisierung manche ländlichen Nebengewerbe obsolet wurden, die gerade den unterbäuerlichen Schichten das Überleben ermöglicht hatten. Besonders hart wurden von der Proletarisierung auch Gewerbe betroffen, denen durch die neuen Industrien eine übermächtige Konkurrenz erwuchs. Zu nennen sind hier insbesondere die Weber in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aus der Industrialisierung der Spinnerei ab dem späten 18. Jahrhundert war eine erhöhte Nachfrage nach der Arbeit der Handweber entstanden. Zahlreiche Erwerbstätige wandten sich daher dieser Beschäftigung zu. Ganze Gewerbegebiete (z.B. in Frankreich und Deutschland) lebten von der Weberei. Als jedoch ab den 1830er Jahren dann auch dieser Produktionsvorgang mechanisiert wurde, verloren die Handweber ihre Existenzgrundlage. Massenarmut in den betroffenen Regionen war die Folge. Manche Gewerbe in verlagsähnlichen Strukturen vermochten durch Ausdehnung der Arbeitstage bis an die Grenzen des physisch Möglichen, Minimierung des Lohnniveaus und der Verkaufspreise auch während der Industrialisierung zu überleben. Nicht zuletzt mussten jedoch die frühen Fabrikarbeiter unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Ihre Existenz war geprägt von materieller Not, gesundheitsschädlichen Wohn- und Arbeitsverhältnissen sowie elementarer Unsicherheit hinsichtlich ihres Lebensverlaufes.

Industrialisierung und Urbanisierung

Im Zeitalter der Industrialisierung nahm der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung rasch zu. Angesichts der wachsenden Bevölkerung und fehlender Lebenschancen auf dem Land mussten immer mehr Menschen eine Einkommensmöglichkeit in den Städten suchen. Mit der Migration in die Städte verloren die Lohnabhängigen die Subsistenzbasis, über die sie auf dem Land häufig verfügt hatten. Dort waren die Menschen vielfach noch in traditionellen Sozialformen eingebunden, in denen, auch wenn sie arbeitslos wurden, ein Überleben möglich war, oder sie konnten wenigstens ein kleines Stück Land bebauen, um für den Eigenbedarf Nahrungsmittel zu erzeugen. In der Stadt standen sie, wenn sie arbeitslos wurden, sowie bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, Alter oder Unfall vor dem Nichts. Überdies hinkten die während der Industrialisierung extrem rasch wachsenden Städte hinsichtlich der baulichen Investitionen in Wohnungen, Kanalisation und Straßenbau weit hinter den aus dem Zuzug resultierenden Erfordernissen nach. Auch entsprechende bau- und sanitätspolizeiliche Vorschriften wurden nur zögernd durchgesetzt. Somit mussten die Arbeiterfamilien unter extrem gesundheitsschädlichen Bedingungen in überbelegten, schlecht ausgestatteten Elendsquartieren leben. Eine extrem hohe Säuglingssterblichkeit und periodisch auftretende Seuchen brachten eine niedrige statistische Lebenserwartung mit sich; sie lag in manchen Industriestädten bei nur ungefähr 15 bis 17 Jahren.

Niedriges Lohnniveau

Durch den Abwanderungsdruck vom Land bestand ein großes Angebot an ungelerten Industriearbeitskräften. Dadurch pendelte sich das Lohnniveau nahe beim physischen Existenzminimum ein. Der finanzielle Status innerhalb der Industriearbeiterschaft entwickelte sich jedoch sehr uneinheitlich. In den Fabriken wurden neben einer großen Zahl von angelernten Arbeitskräften auch einige qualifizierte Techniker, Facharbeiter und Vorarbeiter beschäftigt. Es war üblich, dass die bestbezahlten Arbeitnehmer ungefähr achtmal so viel Lohn erhielten wie die unqualifizierten männlichen Arbeitskräfte. Besonders krass war die Diskriminierung von Frauen und Kindern. Sie verdienten bei gleicher Arbeit nur ungefähr ein Viertel bis zur Hälfte des Lohnes von männlichen Erwachsenen.

Armut und überlange Arbeitszeiten schmälern die Lebenschancen

Bei der überwiegenden Mehrheit der Industriearbeiter lag die Lohnhöhe knapp am Existenzminimum. Daher mussten sowohl Frauen als auch Kinder üblicherweise einer Erwerbsarbeit nachgehen, um zum Familieneinkommen beizutragen. Während der Industrialisierung standen daher jungen Menschen aus der Arbeiterschaft kaum Möglichkeiten für weiterführende Ausbildung offen. Dadurch waren ihre Lebenschancen und Aufstiegsmöglichkeiten von vornherein erheblich eingeschränkt, verglichen mit Kindern aus anderen sozialen Klassen. Erst mit einer erheblichen Zeitverzögerung kam es zu ersten ansatzweisen Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder in Fabriken. Auch für die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit gab es anfänglich keine gesetzlichen Regelungen. In der Frühphase der Industrialisierung waren Arbeitstage von 16 und mehr Stunden keine Seltenheit. Urlaub war selbst dem Namen nach unbekannt. Um die Wende zum 20. Jahrhundert waren in den meisten europäischen Ländern 11 bis 13 Stunden Arbeit pro Werktag üblich. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass saisonale und konjunkturelle Schwankungen sich unmittelbar auf dem Arbeitsmarkt auswirkten und somit die effektive Arbeitszeit, auf das Jahr umgelegt, kürzer war. Angesichts dieser trostlosen Lebensumstände und Zukunftsaussichten insbesondere der frühen Industriearbeiterschaft gebot sich hinsichtlich der sozialen Frage dringender Handlungsbedarf.

15 ARBEITERBEWEGUNG

Im Zeitablauf lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Reaktionsweisen auf die Herausforderungen der sozialen Frage unterscheiden: zuerst Protestbewegungen, die sich oft spontan "aus dem Bauch heraus" erhoben, später organisierte Formen von Arbeiterbewegung im Rahmen der Industriegesellschaft.

Protestbewegungen

Die Besitzlosen (alte Unterschichten und Industriearbeiterschaft) verfügten über keinerlei politischen Einfluss. Der Zusammenschluss zu Koalitionen war ihnen fast überall verboten. Um auf ihr Elend aufmerksam zu machen, erhoben sie sich zu (manchmal gewalttätigen) Protestaktionen. Als Maschinenstürmerei bezeichnet man die Zerstörung von Fabrikseinrichtungen, vor allem durch bisher im ländlichen Verlagswesen beschäftigte Arbeiter, die durch die industrielle Konkurrenz ("Brotlieb-Maschinen") bedroht waren. Weitere frühe, spontane Protestformen waren "Katzenmusiken" und Hungerkrawalle, die durch die englische Ludditenbewegung (ca. 1811-16) auch auf einer breiteren Basis organisiert wurden. Die staatliche Obrigkeit reagierte auf diese Verzweiflungstaten mit schärfsten Mitteln, ließ das Militär auf die "Tumultanten" schießen, ließ sie auspeitschen, einsperren oder sogar hinrichten. Die Gesellschaft wollte die Probleme des "vierten

Standes", eine Bezeichnung, die zeigt, dass man die Arbeiterschaft zunächst in das traditionelle ständische Prinzip einzuordnen suchte, anfänglich nicht zur Kenntnis nehmen.

Moderne Arbeiterbewegungen

Erst allmählich bildeten sich nach den ersten Wellen erfolgloser Protestaktionen organisierte Ansätze zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, wenngleich zaghaft und mit vielen Rückschlägen. Die nun allmählich entstehenden "modernen" Arbeiterbewegungen konnten zwei grundsätzlich verschiedenen strategischen Zielrichtungen verpflichtet sein: entweder der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft im Rahmen des entstehenden industriekapitalistischen Systems durch eine effiziente Interessenvertretung, oder die Überwindung des als grundsätzlich ungerecht erachteten Systems durch eine soziale Revolution. Vielfach standen in den Arbeiterbewegungen der folgenden Jahrzehnte beide Optionen als mittelfristige und langfristige Perspektiven nebeneinander. In Bildungsvereinen versuchte man notwendiges Grundwissen zu vermitteln und die eigene Lage zu diskutieren. Im Zuge der Verfassungsreformen, insbesondere nach Aufhebung der Koalitionsverbote (in Großbritannien 1824, auf dem Kontinent erst ab den 1860er- und 1870er- Jahren) war es dann möglich, effizientere Organisationsformen aufzubauen. In Großbritannien wurde der Chartismus in den 1830er Jahren zur ersten organisierten Massenbewegung der Arbeiter. Man kämpfte gemeinsam mit wirtschaftsliberalen Interessengruppen (anti corn law league) gegen die hohen Getreidezölle, die die Lebensmittel verteuerten. In der "People's Charter" (1839) legte man die Forderungen der Massenbewegung schriftlich nieder: allgemeines gleiches Wahlrecht, Abschaffung von politischen Vorrechten auf der Grundlage von Besitz, Gesetze gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung. 1839 kam es zu blutigen Zusammenstößen der Chartistenbewegung mit der britischen Exekutive und nach 1848 verlor sie an Bedeutung. Der Staat rang sich zu ersten Arbeiterschutzgesetzen durch (1833 Factory Act, 1844 Mining Act). Zugleich verschärfte man aber mit dem New Poor Law von 1834 den Druck auf die Unterschichten, irgendwelche Möglichkeiten von Lohnarbeit zu suchen. Die beiden einflussreichsten Theoretiker der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl Marx und Friedrich Engels, begannen ihre Werke unter dem Eindruck der Chartistenbewegung zu verfassen. Am Kontinent gewannen Massenorganisationen der Arbeiterschaft erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (in der Phase des organisierten Kapitalismus) an Bedeutung und zwar in Form von Gewerkschaften, Selbsthilfegenossenschaften und schließlich auch Arbeiterparteien.